

V. Zwei Länder in der »europäischen Streikwelle«

Gestern war ich so müde, dass ich darum bat, um drei Uhr nach Hause gehen zu können. Da sagte der Meister, dass ich einfach ein wenig Lebertran nehmen solle. Ich antwortete, dass wir keinen Lebertran und keine Nervenpillen und keine Schlaftabletten mehr bräuchten, wenn wir den Akkord abschaffen würden, aber er rief: »Abschaffen? Du warst doch selbst dafür, dass er eingeführt wird.«

Benthe Østrup Madsen, Konflikt, Roman, 1977

1. Die Veränderung des Standortes

Die französischen Arbeitskämpfe im Sommer 1968, der »heiße Herbst« in Italien 1969 und die fast gleichzeitige Streikwelle in Großbritannien signalisierten einen Bruch in den Mustern der westeuropäischen Arbeitskämpfe der Nachkriegszeit. Der Massenstreik in Frankreich war unzweifelhaft und mit Abstand der größte in der Geschichte des Landes. Während sich 1936 rund zwei Millionen Menschen an Streiks gegen die drohende faschistische Machtübernahme beteiligt hatten, gehen die groben Schätzungen von bis zu zehn Millionen Streikenden auf dem Höhepunkt der Arbeitskämpfe des Sommers 1968 aus.¹ In Italien bildeten die Streiks des Herbstes 1969 sowohl in quantitativer Hinsicht als auch angesichts ihres politisierten Charakters den Höhepunkt der Arbeitskampfgeschichte nach 1945.² In Großbritannien erschütterten zwischen Ende 1968 und 1970 sektorale Arbeitsniederlegungen ebenso wie Proteste gegen Anti-Streik-Gesetze und Einkommenspolitik die Regierung.³ Seit 1969 nahmen die offenen Arbeitskämpfe dann auch in der Bundesrepublik und den skandinavischen Staaten zu. In der ersten Hälfte der 1970er Jahre verdoppelte sich der Umfang der Streikbewegungen in Schweden im Vergleich zum Jahrfünft zuvor, in der Bundesrepublik wurden neunmal und in Dänemark sogar zwanzigmal so viele Ausfalltage gezählt.⁴

Erstmals seit etlichen Jahren wurden auch in Nordeuropa Arbeitskämpfe wieder als Massenphänomen wahrgenommen. Sowohl in der Bundesrepublik als auch in Dänemark markierten wilde Streiks den Ausgangspunkt dieser

1 Gilcher-Holtey, »Die Phantasie an die Macht«, S. 297.

2 Franzosi, *Puzzle of Strikes*, S. 4f.

3 Albers u.a., *Klassenkämpfe in Westeuropa*, S. 216 sowie 243–264.

4 Zahlen der ILO, vgl.: Müller-Jentsch, »Streiks und Streikbewegung«, S. 25.

Zunahme. Die lokalen Streiks weiteten sich aus, verließen das Niveau der Abteilung und der einzelnen Fabrik, phasenweise auch des Ortes und der Region. Die Kritik der offiziellen Gewerkschaftspolitik, der mangelnden Demokratie im Arbeitsalltag, der Bandarbeit oder der Lohnhierarchien – all dies fand nun den Weg in eine allgemeine Öffentlichkeit. Zur »Synchronität« der Ereignisse trug im deutsch-dänischen Vergleich bei, dass sich am Ende der 1960er Jahre die Unterschiede in der Wirtschaftsentwicklung beider Länder stark relativiert hatten. Mitte der 1960er Jahre war auch aus Dänemark ein Land geworden, dessen Volkswirtschaft von der modernen Exportindustrie eindeutig dominiert wurde und abhängig war. Der Zeitraum zwischen etwa 1965 und 1975 ist in der Tat der einzige historische Moment, in dem beide Länder als eindeutig industriell geprägte Staaten verglichen werden können. Dazu kommt, dass der ökonomische Boom und die damit verbundene Stärkung der Arbeitsmarktposition der Beschäftigten sich 1968 gleichzeitig in der Bundesrepublik und Dänemark zeigten. Dies ist eine Erklärung dafür, dass im Herbst 1969 in beiden Ländern Lohnkämpfe stattfanden.

Gerade deshalb ist es bemerkenswert, wie wenig sich die transnationalen Arbeitskämpfe direkt aufeinander bezogen. Von einer »europäischen Streikwelle« war unter den an dieser Beteiligten wohl kaum die Rede. Eine Einsicht in den transnationalen Charakter der Kämpfe stellte sich keineswegs von selbst her. Immer noch mussten die Erfahrungen jenseits der Grenzen mühsam »übersetzt« werden. Wo dies (eher ausnahmsweise) stattfand, waren zwei Faktoren entscheidend: Einerseits die Fortsetzung der Interaktion zwischen transnationalen sozialen Bewegungen und den lokalen Arbeiterbewegungen, die, wie ich schildern werde, nach 1968 eine neue Grundlage erhielt; andererseits die Entwicklung von Positionen innerhalb der Arbeitskämpfe selbst, die sich gegen die Logik der Konkurrenz zwischen Betrieben und Standorten wandten und stattdessen die sozialen Ansprüche der Beschäftigten und die Verweigerung gegenüber betrieblichen Hierarchien zum Ausgangspunkt machten. Das eine wäre ohne das andere nicht denkbar gewesen, und es kann kaum übersehen werden, dass es sich um ein anspruchsvolles und sogar utopistisch anmutendes Projekt handelte. Die zeitgenössischen wilden Streiks trugen zwar dazu bei, dass das Feld einer »sozialen Gewerkschaftsbewegung« sichtbar wurde, aber sie waren zumeist auch Beispiele für die Grenzen eines solchen Projektes.

Schließlich gewann mit dem Einsetzen der Weltwirtschaftskrise und dem (relativen) Bedeutungsverlust der großen Industrie die Verteidigung der betrieblichen Errungenschaften und der nationalstaatlich verfassten Sozialsysteme wieder an Bedeutung, wodurch viele der kaum erfassten Möglichkeiten erneut verloren gingen. Doch die Veränderung des Standortes, die sich nach

1969 in Bezug auf die Arbeitskämpfe ergab, ist vielleicht gerade aus diesem Grunde aus heutiger Sicht bemerkenswert.

Die wilden Streiks, die seit 1969 stattfanden, bedeuteten für die Streikgeschichte der in dieser Studie behandelten Länder einen Einschnitt. Nicht so sehr, weil sie etwas völlig Neues waren. Eher, weil sie soziale Konflikte darstellten, die in der Öffentlichkeit bis dahin kaum Interesse geweckt hatten. Sie machten Gegenstände und Aktionsformen wahrnehmbar, die sich seit etwa Mitte der 1950er Jahre auf lokalem Niveau entwickelt hatten. Vor 1969 war es sehr selten dazu gekommen, dass wilde Streiks über einen engen Kreis interessierter Gewerkschaftsaktivisten oder einzelner Industriesoziologen hinaus debattiert wurden. Und auch diesen galten die lokalen Streiks überwiegend als in der Geschichte der Arbeitsbeziehungen »atypische« Ereignisse. Dagegen sind die »Septemberstreiks« und die »Eine-Krone-Streiks« von 1969/70 umso mehr zum Gegenstand des Interesses der Aktiven der Studentenbewegung und der sozialwissenschaftlichen Forschung geworden. Die vor dem Hintergrund dieses Interesses produzierten Texte in ihrer Gesamtheit zu dokumentieren und zu diskutieren, übersteigt den Rahmen dieser Arbeit. Im Folgenden werde ich mich daher darauf konzentrieren, die Streikwellen in beiden Ländern im Kontext der Geschichte der Streiks seit 1950 zu verorten.

2. Die Septemberstreiks in der Bundesrepublik

Die Zunahme der Arbeitskämpfe wurde 1969 zunächst durch wilde Streiks ausgelöst, denen 1970 »halboffizielle« Warnstreiks und 1971 Tarifkonflikte folgten. Während die Warnstreiks eine Art Antwort insbesondere der IG Metall auf die nicht von der Gewerkschaft kontrollierten Arbeitskämpfe darstellten, hatten die Tarifkonflikte ihre Ursache auch in einer »Gegenoffensive« der Unternehmer und nahmen unter anderem die Form der Flächenaussperrung an. Dieser »Plot« lässt sich auch in den verschiedenen Dimensionen der Streikstatistik darstellen. Bezogen auf die Ausfalltage pro 1.000 Arbeitnehmern, also auf die Dimension der *Massenhaftigkeit*, war der Anteil der wilden Streiks 1969 relativ insignifikant, was eine Erklärung dafür ist, dass sich die Zunahme der Arbeitskämpfe in der Bundesrepublik in der international vergleichenden Statistik erst 1970 zeigte. Erst in den ersten drei Jahren der 1970er kam es auch in der Bundesrepublik zu einem signifikanten Anstieg der durch Streiks verursachten Ausfalltage.⁵ Zählt man dagegen die *Zahl der Streiks*, ergab sich schon

5 Müller-Jentsch, »Streiks und Streikbewegung«, S. 24f.

1969 ein deutlicher Trend nach oben, der sich 1970 fortsetzte und 1973 einen Höhepunkt erreichte: 1969 verdoppelte sie sich im Vergleich zum Vorjahr, 1970 kam es bereits fast zu einer Verdreifachung und 1973 fast zu einer Verfünffachung im Vergleich zu 1968. Die Zahl der »Fälle« verzeichnete damit einen weitaus stärkeren Anstieg als die Zahl der Ausfalltage beziehungsweise der Beteiligten. Die Bedeutung der kurzen wilden Streiks in der Streikwelle nach 1969 lässt sich insofern auch quantitativ nachvollziehen.

Tabelle 8. *Wilde Streiks in der Bundesrepublik, 1965–1972*⁶

Jahr	Fälle	Betriebe	Beteiligte
1965–1968	156/ 85,7%	556/ 38,3%	429.759/ 81,6%
1969–1972	606/ 90,6%	1.875/ 67,5%	1.283.387/ 80,4%

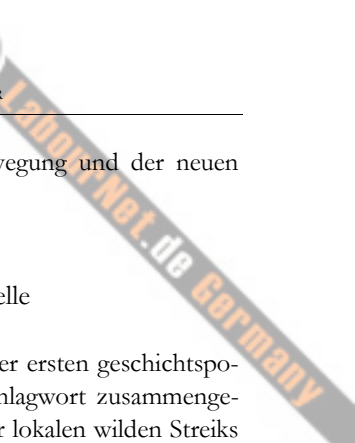
Die bereits in den vorigen Kapiteln geschilderte längerfristige Entwicklung reproduzierte sich also während des Zyklus zwischen 1969 und 1971. Als es zu den Arbeitsniederlegungen des Septembers 1969 kam, hatte der Anteil der wilden Streiks bereits seit 1960 und ihre Zahl seit etwa 1965 kontinuierlich zugenommen.⁷ Noch zwischen 1953 und 1956 hatten die Arbeitsniederlegungen, die offiziell nicht von den Gewerkschaften unterstützt wurden, insgesamt nur einen Anteil von 5,5 Prozent erreicht, bis 1964 war er bereits auf 70,3 Prozent gestiegen. Nach 1969 war der größte Teil der Arbeitskämpfe »wild«, im Organisationsbereich der IG Metall lag der Anteil sogar weit über 90 Prozent.⁸

Nicht nur die Statistik weist 1969 als ein Jahr aus, in dem Entwicklungen zusammenkamen, ihren Zenit erreichten, etwas Neues begonnen wurde. Die Arbeitskämpfe von 1969 stellen auch qualitativ eine Art Scharnier zwischen den traditionellen Arbeiterprotesten und neuen Ausdruckformen betrieblicher Konflikte dar. Im Folgenden werde ich zunächst auf die Streikbewegung in der Montanindustrie und anderen traditionell kämpferischen Sektoren, ihre unmittelbare Vorgeschichte, ihre exemplarischen Fälle und ihre Folgen eingehen. Auf welcher Grundlage sich die wilden Streiks sodann in andere Bereiche, die Textilindustrie, den öffentlichen Dienst und in von migrantischer Beschäftigung geprägte Betriebe der Metallverarbeitung ausdehnten, wird im Anschluss dargestellt. Schließlich werde ich die Reaktionen auf die wilden Streiks schil-

6 Spode u.a., *Statistik*, S. 347.

7 Spode bezog auch Warnstreiks als »nicht verbandliche« ein, die 1969 noch gegen die Friedenspflicht verstoßen haben, vgl. ebd. S. 374. Seit den 1970ern ist diese Definition problematisch, da die Warnstreiks legalisiert und schließlich auch ritualisiert wurden.

8 Weit geringer war mit 42,2% der Anteil der wilden Streiks in der chemischen Industrie. Andere Branchen lagen bei bzw. unter 20%, vgl. ebd. S. 399.



dern und dabei auch auf die Rolle der Studentenbewegung und der neuen sozialen Bewegungen eingehen.

Von der »Initialzündung« bei Hoesch bis zur Streikwelle

Die Septemberstreiks wurden erst im Nachhinein, in der ersten geschichtspolitischen Auseinandersetzung um sie, unter diesem Schlagwort zusammengefasst. Tatsächlich schlossen sie an eine Modifikation der lokalen wilden Streiks an, die sich schon im Laufe des Jahres 1968 beobachten ließ. Unter der damals genreblichen Überschrift »Gegen Willkür« wusste die IG Metall zu berichten, dass in Betrieben der Metallindustrie 1968 rund 35.000 Beschäftigte an Arbeitsniederlegungen teilgenommen hatten. Die regionalen Schwerpunkte der Aktionen waren Nordrhein-Westfalen (zwei Drittel aller Streiks) und Nordwürttemberg-Nordbaden (fast ein Drittel).⁹ Über 60 Prozent der Konflikte hatten »Entlohnungsmethoden« und »Einstufungsschwierigkeiten«, das heißt den Zusammenhang von Arbeitsbedingungen und Löhnen, zum Gegenstand. Anders als in den Jahren zuvor ging es nun offenbar nicht mehr um die Abwehr von Leistungskürzungen und Entlassungen. Als Beispiel kann ein Streik in drei Betrieben des Elektrokonzerns AEG bei Stuttgart dienen.¹⁰ Hier waren 1967 wie anderswo übertarifliche Leistungen gekürzt worden. 1968 sollten neue, strengere Bemessungsgrundlagen für die ganz überwiegend weiblichen Akkordbeschäftigten eingeführt werden. In einem je nach Betrieb und Abteilung einige Stunden bis zwei Tage dauernden Kurzstreik konnten die Arbeiterinnen dieses Vorhaben abwehren und zudem eine allgemeine Lohnerhöhung durchsetzen. Ähnliches ereignete sich in anderen Betrieben, die laut IG Metall »längst die Talsohle der Rezession überschritten« hatten.¹¹

Die recht hohen lokalen Lohnforderungen wirkten sich in der Tarifpolitik der Gewerkschaften vorläufig nicht aus. So lehnte sich der Tarifvertrag, den die IG Metall mit Gültigkeit ab 1. Juni 1968 in der Stahlindustrie abschloss, an den im vorigen Kapitel dargestellten Tarifvertrag für die Metallverarbeitung an. Vereinbart wurde eine Erhöhung der Löhne um 5 Prozent ab sofort und von weiteren 2 Prozent ab dem 1. März 1969, insgesamt ein Resultat, das vor allem 1969 den Reallohn nicht sicherte.¹² Die IG Bergbau und Energie erreichte für die Zechen des Ruhrgebietes sogar nur eine Erhöhung von 5 Prozent für die Zeit vom 1. Juni 1968 bis zum 1. Dezember 1969. In beiden Tarifverträgen

⁹ *Metall*, Nr. 2, 1969, S. 5.

¹⁰ *Metall*, Nr. 15, 1968, S. 3.

¹¹ *Metall*, Nr. 11, 1968, S. 6.

¹² Vgl. auch im Folgenden: Schmidt, *Ordnungsfaktor*, S. 109.

war unter dem Eindruck der Krise, der Regierungsbeteiligung der SPD und der Debatten in der Konzertierten Aktion eine Laufzeit von 18 Monaten vereinbart worden. Damit hatten sich die für die Montanindustrie zuständigen Gewerkschaften im einsetzenden Boom eine lange Friedenspflicht auferlegen lassen. Andere Gewerkschaften folgten diesem Beispiel. Dies wiederum trug dazu bei, dass 1968 das Jahr einer einzigartigen Gewinnexplosion wurde, die sich selbst in den sehr summarischen offiziellen Einkommensstatistiken abbildete: Die Einkünfte der Selbständigen stiegen um 22,8 Prozent, während die aus unselbständiger Arbeit im Schnitt nur um 4,7 Prozent wuchsen.¹³ Der Sachverständigenrat konstatierte, dass »die Tarifpolitik der Gewerkschaften, die 1967 und 1968 durch Zurückhaltung gekennzeichnet war, [...] bis Mitte 1969 den konjunkturellen Rückstand der Effektivlöhne nicht abzubauen vermochte«¹⁴.

Ursache für diese asymmetrische Entwicklung war neben der gewerkschaftlichen Tarifpolitik die Wirtschaftspolitik der Großen Koalition, die zur Beilegung der Rezession vor allem auf eine »Exportoffensive« setzte und dementsprechend die inländische Nachfrage als zweitrangig betrachtete. Die Gewerkschaften folgten lediglich dieser Linie, umso mehr als sie, was die ökonomischen Rahmendaten betrifft, außerordentlich erfolgreich zu sein schien: Seit 1968 wuchs das Bruttosozialprodukt wieder, 1969 erreichte die Steigerungsrate fast 9 Prozent. Damit knüpfte die westdeutsche Ökonomie noch einmal an die historischen Steigerungsraten der Aufschwungsphasen nach 1950 an.¹⁵ Die registrierte Erwerbslosigkeit, die bereits im Durchschnitt des Jahres 1968 auf 0,8 Prozent gesunken war, fiel weiter bis auf 0,5 Prozent, wobei es in vielen Sektoren zu einem Arbeitskräftemangel kam. Besonders ausgeprägt zeigte sich die Entwicklung in der Montanindustrie: Auf den Boom in der Metallverarbeitung folgte im Laufe des Jahres 1969 der der Stahlindustrie. Die Auslastung, die in den Rezessionsjahren zwischen 55 und 70 Prozent gelegen hatte, stieg in allen Stahlwerken schnell an.¹⁶ Im Herbst 1969 erreichte sie ebenso wie im Durchschnitt der westdeutschen Industrie wieder über 90 Prozent. Die Produktivität je Arbeitsstunde stieg sogar noch stärker als in anderen Sektoren.¹⁷ Anders als anderswo wurde die erhöhte Arbeitsleistung jedoch nicht durch Neueinstellungen gemildert, was unter anderem mit der sinkenden Attraktivität der schweren körperlichen Arbeit angesichts eines »leergefegten Arbeitsmarktes« zu tun hatte. Ganz ähnlich verlief die Entwicklung im Steinkohlebergbau,

13 Dribbusch, »Sword on the Wall«, S. 31.

14 Deutscher Bundestag (Hg.), *Jahresgutachten 1969*, S. 22.

15 Ebd., S. 4.

16 Referat Willi Michels, 22.9.1969, nach: Schmidt, *Ordnungsfaktor*, S. 106, auch im Folgenden.

17 Eine Übersicht gibt: IMSF, *Septemberstreiks*, S. 18–21.

nachdem die Nachfrage nach Koks die Halden im Ruhrgebiet und im Saarland geleert hatte.

Das Gefühl der Stahlwerker, zu einer benachteiligten Gruppe zu gehören, wurde verstärkt, weil die IG Metall auf den Boom zuerst in der Metallverarbeitung reagierte. Hier forcierte sie im Sommer 1969 angesichts der Unzufriedenheit der Beschäftigten mit der »sozialen Asymmetrie« den vorzeitigen Abschluss eines neuen Tarifvertrages. Schließlich beschlossen die Arbeitsmarktparteien völlig unüblicherweise bereits einige Wochen vor dem Ablauf der Friedenspflicht für den 1. September eine Lohn- und Gehaltserhöhung um 8 Prozent.¹⁸ Wiederum folgten andere Gewerkschaften, wie die IG Bau oder die IG Chemie, der Linie von Gesamtmetall und IG Metall.¹⁹ Die Tarifabschlüsse, die die gegebenen materiellen Möglichkeiten bei weitem nicht ausschöpften, kamen wohl auch deshalb so schnell zustande, weil die Gewerkschaften die Position der SPD kurz vor den für Ende September vorgesehenen Bundestagswahlen stärken wollten. Man vermutete, dass der Ausbruch von Streiks Mittelschichtwähler vom Votum für die Sozialdemokraten abhalten könnte.

Das Opfer, das die Metallgewerkschaft für ihren schnellen Abschluss bringen musste, war, dass er erneut in Spitzengesprächen mit Gesamtmetall, das heißt ohne jegliche Konsultation und Beteiligung der Gewerkschaftsmitglieder, für das gesamte Bundesgebiet verhandelt und vereinbart worden war. Innerhalb der Gewerkschaft wurde dieser seit den späten 1950er Jahren entwickelte zentralistische Politikstil nun immer stärker kritisiert. Zunächst beschränkte sich die Auseinandersetzung allerdings mehr oder weniger auf eine Diskussion unter Funktionären in den Spalten der *Metall*.²⁰ In den Betrieben der Metallverarbeitung kam es zwar weiterhin zu wilden Streiks, die vorzeitige Lohnerhöhung hielt jedoch die Balance zwischen »erster« und »zweiter« Lohnrunde einstweilen aufrecht. Im Vordergrund der betrieblichen Proteste standen weiter die Arbeitsbedingungen sowie Konflikte mit autoritären Meistern.²¹ Dagegen begannen die wilden Streiks in der Stahlindustrie, die im Sommer 1969 punktuell aufkamen, die Tarifpolitik der Gewerkschaften nun zunehmend nicht mehr zu ergänzen, sondern zu ersetzen.²² Die IG Metall erkannte dieses Problem durchaus. Bereits seit dem Frühjahr hatte sie gegenüber den

18 Zugleich wurde eine Verbesserung des Schutzes der gewerkschaftlichen Vertrauensleute sowie der Urlaubsregelung vereinbart. Vgl. *Metall*, Nr. 16, 1969, S. 1.

19 Hamburger Institut für Sozialforschung, Sammlung Streikbewegungen (HIS/Sbe), 060, Box 001, 01: Gruppe Internationaler Marxisten (GIM), *Die Tarifpolitik der IG Metall 1969/70*, S. 2f.

20 *Metall*, Nr. 17, 1969, S. 2f.

21 *Metall*, Nr. 16, 1969, S. 3, 15.

22 In den Streiks wurden Festgeldforderungen erhoben und Erhöhungen des Stundenlohns von zehn bis 20 Pfennig erreicht: Schmidt, *Ordnungsfaktor*, S. 113.

Stahlindustriellen eine »Entfristung« der Tarifverträge gefordert.²³ Nach der Unterzeichnung des Tarifvertrages in der Metallindustrie baten im August 1969 sogar die Arbeitsdirektoren der Stahlwerke dringend um vorzeitige Lohnerhöhungen. In der Metall verarbeitenden Industrie betrug der tarifliche Ecklohn nun im Schnitt fast 4,50 DM pro Stunde, in den Stahlwerken wurde rund 50 Pfennig weniger verdient.²⁴ Der Arbeitskräftemangel, der zunehmende Arbeitsdruck, dauernde Überstunden und nicht zuletzt die Hitze des Sommers 1969 ließen die Spannungen weiter steigen. Ein hauptamtlicher IGM-Funktionär fasste die Situation kurz vor dem Beginn des Streiks so zusammen:

»Bewerber für einen Arbeitsplatz in den Produktionsbetrieben lehnen die Arbeit ab, nachdem ihnen der Lohn genannt wurde. Es dürfte kein Geheimnis mehr sein, dass in der Verarbeitung bessere Verdienstmöglichkeiten bestehen. All diese Tatbestände haben zu einer unerträglichen Spannung in den Betrieben geführt. Ohne Übertreibung kann gesagt werden, dass nur noch der Funke fehlt, der eine Explosion erzeugt, deren Ausmaß zur Zeit noch nicht beschrieben werden kann.«²⁵

Die Streikwelle in der Stahlindustrie begann am 2. September 1969 in den drei Werken der Hoesch AG in Dortmund, die zusammen mehr als 27.000 Menschen beschäftigten.²⁶ Die Hoesch AG, nach Thyssen zweitgrößter bundesdeutscher Stahlerzeuger, war ein Vorzeigebetrieb der sozialpartnerschaftlichen Unternehmenspolitik. Das in dieser Hinsicht unverdächtige »Institut für marxistische Studien und Forschungen« (IMSF) wusste zu berichten, dass insbesondere die »Westfalenhütte« in Dortmund, in der die Arbeit zuerst niedergelegt wurde, »sehr lange im gesamten Gebiet als *der* »soziale Betrieb« galt, [...] betont liberal, presse- und öffentlichkeitsfreundlich«²⁷. So hatte sich das Unternehmen am Bau von Werkwohnungen beteiligt und ein eigenes Krankenhaus errichtet. In der betrieblichen Krankenversicherung waren Ende der 1960er Jahre nicht weniger als 160.000 Menschen eingeschrieben.²⁸ Auf Grundlage der Montanmitbestimmung hatten die von Gewerkschaften und Betriebsräten de facto ernannten Arbeitsdirektoren direkten Einfluss auf die Personalpolitik.²⁹ Zusätzlich wurden ihnen bei Hoesch die Verantwortungsbereiche »zentrale Sozialleitung«, »werksärztlicher Dienst« und »Öffentlichkeitsarbeit« zuge-

23 Vgl. AdsD/IGMA, G 669 a, Abteilung Tarifpolitik: Tariffbewegung 1969.

24 Schmidt, *Ordnungsfaktor*, S. 112f.

25 W. Dietrich, Vwst. Dortmund der IGM, 22.8.1969, zit. nach: Schmidt, *Ordnungsfaktor*, S. 148f.

26 Zum Streik bei Hoesch: IMSF, *Septemberstreiks*, S. 54–66, sowie ausführlich: Surkemper, *Inoffizielle Streiks*, S. 300ff.

27 IMSF, *Septemberstreiks*, S. 55, Hervorhebung im Original.

28 Surkemper, *Inoffizielle Streiks*, S. 312ff.

29 Dies hatten die Parteien im »Lüdenschneider Abkommen« von 1959 vereinbart.

standen.³⁰ Der Betriebsrat hatte über seine gesetzlich festgelegten Mitbestimmungsrechte hinaus einen starken Einfluss auf Einstellungspolitik und Arbeitsbedingungen. Gemeinsam mit den Vertrauensleuten hatte er ein Veto-recht bei der Einstellung und Entlassung von Meistern und Vorarbeitern. Als eines der ersten Stahlwerke in der Bundesrepublik übernahm das Unternehmen in den 1960er Jahren Konzeptionen der *Human relations*-Schule. Das Prinzip der »kooperativen Führung«, so hieß es in einer Erklärung von Betriebsrat und Unternehmensleitung, »gibt dem Mitarbeiter die Möglichkeit zur Entfaltung seiner Persönlichkeit und steigert seine Arbeitsfreude, nicht zuletzt auch dadurch, dass die Mitarbeiter den Vorgesetzten bei der Vorbereitung von Entscheidungen beraten«³¹.

In den frühen 1960er Jahren wurde diese integrative Betriebspolitik bei Hoesch durch das Prinzip eines gewerkschaftlichen *closed shop* ergänzt. Auch ohne, dass die Gewerkschaftsmitgliedschaft formale Einstellungsvoraussetzung war, waren in allen drei Hütten nahezu 100 Prozent der Arbeiter und immerhin noch 60 Prozent der Angestellten Mitglieder der IG Metall.³² Die Betriebsräte gehörten ausnahmslos dieser Gewerkschaft an. Ihre Mehrheit vertrat die sozialpartnerschaftlichen Grundsätze der örtlichen und überregionalen Gewerkschaftsführung, und die meisten waren SPD-Mitglieder. Auch in der Belegschaft selbst war die SPD parteipolitisch die mit Abstand wichtigste Kraft: Alleine in der »Westfalenhütte« waren 1969 sage und schreibe 2.000 Arbeiter SPD-Mitglied, wovon allerdings nur etwa jeder Fünfundzwanzigste Parteiversammlungen besuchte. Der hohe Mitgliederstand der SPD war unter anderem ein Überbleibsel aus einer Periode, in der das sozialdemokratische Parteibuch innerbetriebliche Karrierewege öffnete, und die Passivität der sozialdemokratischen Basis war Folge ihrer relativen Saturierung. In allen drei Betriebsteilen existierte Ende der 1960er Jahre eine Minderheit von Sozialdemokraten, Kommunisten und Parteilosern, die eine eher konfliktorientierte Gewerkschaftspolitik wünschte. Vor allem die »Westfalenhütte«, die in unmittelbarer Nähe der Dortmunder Innenstadt lag, konnte eine oppositionelle Tradition vorweisen, die auch im Vertrauensleutekorper des Werkes repräsentiert war.

Im Verlauf der 1960er Jahre war es immer wieder zu wilden Streiks in den Werken der Hoesch AG gekommen, die die Zurückdrängung der relativen Autonomie der Beschäftigten im Arbeitsprozess zum Gegenstand hatten. Schließlich war mit der analytischen Arbeitsbewertung bis ungefähr 1964 eine

30 Vgl. Surkemper, *Inoffizielle Streiks*, S. 302.

31 »Führungsgrundsätze«, vgl. ebd. S. 302f.

32 IMSF, *Septemberstreiks*, S. 55, auch im Folgenden.

»objektive« und der »Moral der Crew« wenigstens auf dem Papier weitgehend entzogene Lohnfindung durchgesetzt worden.³³

Die einsetzende Krise in der Stahlindustrie, aufgrund der im Zeitraum von 1957 bis 1965 die Belegschaft der Westfalenhütte um etwa die Hälfte reduziert worden war, trug schließlich dazu bei, dass die Stahlarbeiter von der Spitze der Lohnskala verdrängt wurden. 1969 wurde bei Hoesch sogar etwas weniger verdient als im Branchendurchschnitt.³⁴ Die Kritik an den »ungerechten Löhnen« wurde durch die Fusion von Hoesch und der Dortmund-Hörder-Hütten-Union 1966 weiter forciert, denn in den Werken »Union« und »Phönix« wurde im Schnitt schlechter gezahlt als in der »Westfalenhütte«.³⁵ Bei der auf die Fusion folgenden Rationalisierung wurden einige Abteilungen der drei Werke zusammengelegt, mit der Folge, dass dort identische Tätigkeiten zu unterschiedlichen Löhnen ausgeführt wurden.³⁶ Letzter Auslöser des Streiks vom 2. September 1969 war die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen: Die Produktion lief ohnehin kontinuierlich, 24 Stunden am Tag. Neben dauerhaften Belastungen durch Hitze, Lärm, Staub und Enge häuften sich 1968/69 die Unfälle, auch mit Todesfolge. Die gewerkschaftlichen Aktivisten erklärten dies nicht zuletzt mit der Arbeitssituation nach der massiven Produktionssteigerung im Boom.³⁷ Im Sommer 1969 erhöhte sich dementsprechend angesichts der Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt die Abwanderung aus den drei Dortmunder Hütten der Hoesch AG. Weil kaum Neueinstellungen vorgenommen wurden, nahm die Belastung für die Verbliebenen zu.

Am 2. September legten zuerst die Beschäftigten der Westfalenhütte die Arbeit nieder. Sie forderten 20 Pfennig Lohnerhöhung für alle. Wilde Streiks waren anders als legale gewerkschaftliche Aktionen darauf angewiesen, eine Lösung zu formulieren, der sich die gesamte Belegschaft anschließen konnte, um eine Entsolidarisierung zu verringern.³⁸ Wie geschildert waren solche Festgeldforderungen ein charakteristisches Moment der wilden Streiks der 1960er Jahre. Im Kontext der Septemberstreiks in der Stahlindustrie wurden sie zu einem Politikum, weil sie die Tarifhoheit der Gewerkschaften auch öffentlich in Frage stellten. Hans Mayr, damaliger »Tarifexperte« der IG Metall, erklärte,

33 Die Rationalisierungen trugen zur Erosion der Sozialpartnerschaft bei, indem sie den beruflichen Status der Facharbeiter untergruben. Vgl. Surkemper, *Inoffizielle Streiks*, S. 306f., 312. Zur Autonomie der »Crew« auf der Westfalenhütte s.: Lauschke, *Hoesch*, S. 153–159.

34 Ebd. S. 311.

35 *Heiße Eisen, Betriebszeitung der DKP*, in: IMSF, *Septemberstreiks*, S. 13* (Dokumente).

36 Ebd. S. 54.

37 »Heiße Eisen«, in: Ebd., S. 14*.

38 Schmidt hat darauf hingewiesen, dass sich in den linearen Forderungen eine traditionelle Gerechtigkeitsvorstellung manifestierte: »Das Brot ist für alle gleich teuer geworden, also sollen auch alle die gleiche Lohnerhöhung erhalten«. Schmidt, *Ordnungsfaktor*, S. 124.

dass solche Forderungen das Ende einer »leistungsbezogenen Tarifpolitik« bedeuten würden.³⁹ In der linearen Lohnforderung drückte sich damit nicht nur eine »Entfremdung«, sondern *Gegensatz* zur traditionellen Politik der Gewerkschaften aus, auch wenn es im Arbeitskampf sicherlich nicht vorrangig darum ging, eine Änderung der Gewerkschaftspolitik zu erreichen.

Wer organisierte diesen Streik, der sich im faktischen Gegensatz zur Gewerkschaftspolitik befand, aber doch in einem Werk stattfand, in dem Gewerkschaften und Betriebsräte formal einen höheren Einfluss hatten als irgendwo sonst in einem bundesdeutschen Großbetrieb? Surkemper hat in seiner detaillierten Untersuchung der Aktion nachgewiesen, dass die Initiative zur Arbeitsniederlegung nicht von einem eindeutig definierten Personenkreis ausging, sondern dass sich auf der Grundlage einer informellen Kommunikation nach und nach Einigkeit über den Streik herstellte. Neben einem streikbereiten Teil des Vertrauensleutekörpers spielten hier etwa die Betriebshandwerker mit ihrem Zugang zu verschiedenen Abteilungen und Arbeitsplätzen eine wichtige Rolle, wobei sich keine »Streikleitung« bildete, sondern eher so etwas wie »Knotenpunkte« eines Netzwerkes.⁴⁰ Der Streik begann in der »Westfalenhütte« als Demonstration durch das Werk, während der die Abteilungen »besucht« wurden, die noch nicht einbezogen waren. Die Infrastruktur des Streiks entwickelte sich zum Teil erst während dieser »Prozession«, während der spontan Schilder gemalt oder Lautsprecher organisiert wurden. Sogar die präzise Höhe der Forderung ergab sich erst in ihrem Verlauf.

Auch bei Hoesch versuchte der Arbeitsdirektor, ähnlich wie im geschilderten »Fall« Hanomag, zwischen Streikenden und Geschäftsleitung zu vermitteln. Nach wenigen Stunden verkündete er, dass die Forderung von 20 Pfennig akzeptiert würde, allerdings offenbar ohne sich hinreichend rückversichert zu haben. Als bekannt wurde, dass die Firmenleitung tatsächlich nur zugesagt hatte, einen Vorschuss auf eine zukünftige Tarifierhöhung zu gewähren, beschloss die Streikversammlung nicht nur die Fortsetzung des Arbeitskampfes, sondern auch, nunmehr 30 anstatt der ursprünglichen 20 Pfennig zu verlangen.⁴¹ Die Empörung über den »Versuch uns für dumm zu verkaufen«, trug dazu bei, dass sich der Streik verselbstständigte. Ein Werkstudent schlug vor, das Verwaltungsgebäude zu besetzen:

39 *Der Gewerkschafter (DG)*, Sonderdruck Tarfbewegung, 1970, S. 4.

40 Vgl. Surkemper, *Inoffizielle Streiks*, S. 371ff.

41 Interview mit einem Hoesch-Arbeiter, zit. nach ebd., S. 401. Später wurden vereinzelt sogar 50 Pfennig und mehr verlangt. Es entwickelte sich eine Politik des »Überbietens«. Wenn die Geschäftsleitung ein Angebot machte, hieß das, dass sie im Stande war, mehr zu bezahlen. Derartiges wurde sonst eher in Italien beobachtet: Vgl. Franzosi, *Puzzle of Strikes*, S. 217ff.

»Kurze Zeit später dringen die Streikenden in das Verwaltungsgebäude ein. Einige Mitglieder des geschäftsführenden Ausschusses des Betriebsrates stellen sich ihnen vergeblich in den Weg. Über Megaphon werden anfeuernde Worte gesprochen. Immer wieder bilden sich Sprechchöre, in denen die Arbeiter ihre Forderungen unterstreichen. Dabei nehmen sie ihre Schutzhelme und schlagen damit im Takt der Sprechchöre auf den Boden und auf das Treppengeländer. Zwei Arbeiter haben inzwischen eine Handsirene aus ihrer Abteilung geholt und setzen sie vor dem Gebäude in Betrieb.«⁴²

Um die Situation unter Kontrolle zu bekommen und die Streikenden zur »Ruhe und Disziplin« und zum Verlassen des Gebäudes aufzufordern, bestellte der Betriebsrat beim Werkschutz einen Lautsprecherwagen.⁴³ Als der Wagen kam, wurde er jedoch sofort von den 5.000 Versammelten zweckentfremdet. Die Streikenden installierten ein »offenes Mikrofon«, das fortan, während auf die Stellungnahme der Geschäftsleitung gewartet wurde, dem Austausch über alle möglichen Angelegenheiten des betrieblichen Alltags diente.⁴⁴ Nach den Ereignissen des Vormittags schlossen sich schließlich auch die Kollegen der Werke »Phönix« und »Union« dem Streik an. Am 3. September versammelten sich die Arbeiter erneut vor dem Verwaltungsgebäude. Zudem veranstalteten sie eine Demonstration durch Dortmund, an der auch die Familien der Streikenden teilnahmen und bei der sich die Polizei auf die Regelung des Verkehrs beschränkte.

Auch in dieser Hinsicht ganz ähnlich wie im Hanomag-Streik von 1967, stand die Auseinandersetzung mit den eigenen Repräsentanten im Aufsichtsrat, die traditionell die Verantwortung für die Lohn- und Personalpolitik der Stahlwerke übernahmen, für die Streikenden bei Hoesch zunächst im Vordergrund. Die erste Wut richtete sich gegen den Arbeitsdirektor. Erst als sie verflohen war, verstärkte sich die Kritik an der Konzernspitze. Dabei fiel besonders negativ auf, dass sich die Direktion »verdrückt« hatte, vor den streikenden Arbeitern regelrecht geflüchtet war, um die Verhandlungen mit dem Betriebsrat später an einem »sicheren« Ort außerhalb des Werkes durchführen zu können. Die »Flucht« vor der Besetzung des Verwaltungsgebäudes brachte schließlich einige wenige Streikende auf die Idee, der Villa des Vorstandsvorsitzenden Dr. Harders einen »Besuch« abzustatten. Die *F.A.Z.* berichtete anschließend, dass die Aktivisten die Villa hätten anzünden wollen, was durch die Gattin des Direktors »mit gezückter Pistole« verhindert worden sei.⁴⁵ Es war

42 Surkemper, *Inoffizielle Streiks*, S. 398.

43 Ebd., S. 400ff.

44 Was in dieses »offene Mikrofon« gesprochen wurde, ist leider unbekannt. Offenbar wurden aber Äußerungen, die als »politische Agitation« wahrgenommen wurden, durch Piffe und Buhrufe unterbunden, wovon sowohl Vertreter der Studentenbewegung als auch der NPD betroffen waren: IMSF, *Septemberstreiks*, S. 65f.

45 Ebd., S. 114*: *F.A.Z.*, 9.9.1969; *Bild-Zeitung*, 10.9.1969.

eine Falschmeldung, die von allen Beteiligten dementiert wurde, was die *Bild-Zeitung* nicht an der Weiterverbreitung hinderte. Die Versammlung vor dem Verwaltungsgebäude begann deshalb damit, die Zeitungskästen des Boulevardblattes zu demolieren, ein Ereignis, das fotografisch festgehalten wurde.

Die Fotos trugen, angesichts der noch frischen Bilder von der studentischen Kampagne gegen die Springerpresse nach dem Anschlag auf Dutschke, dazu bei, linke Aktive zu einer Beschäftigung mit den Streiks anzuregen. Dies wurde zusätzlich noch dadurch gefördert, dass Fritz Berg, Präsident des BDI, den erfundenen »Überfall auf die Villa« noch einige Tage nach dem Dementi öffentlich *im alten Stil* kommentierte: »Die hätte ruhig schießen sollen, einen totschießen, dann herrschte wenigstens Ordnung.«⁴⁶ In der Tat täuschten derartige Phantasien und ihre öffentliche Verbreitung darüber hinweg, dass der Streik außerordentlich diszipliniert verlief.⁴⁷ In der Nacht wurde das Werk von mehreren hundert Beschäftigten bewacht, was sowohl der Abwehr von Streikbruch als auch von anderen »unerwünschten« Gästen diente. Wie bei wilden Streiks männlicher Arbeiter in der Bundesrepublik üblich, stempelten die Arbeiter morgens pünktlich ihre Arbeitskarten und zogen Arbeitskleidung an, um den Anspruch auf Lohnfortzahlung zu dokumentieren. Auch zur Demonstration am 3. September fanden die Männer sich in Arbeitskleidung ein. Noch am selben Tag stimmte die Direktion der 30-Pfennig-Forderung und der Bezahlung der Streiktage zu.

Im Anschluss an den Erfolg bei Hoesch setzte eine Welle wilder Streiks ein, die Dimensionen erreichte, die das in der Bundesrepublik in den 1960er Jahren Gekannte überstiegen. Kurz vor der Bundestagswahl des 28. September fanden die Streiks eine große öffentliche Resonanz. Die Politiker waren genötigt, ihre Anti-Streik-Agitation zu mäßigen, und die Unternehmer wurden schließlich zu Kompromissen gezwungen. Insgesamt streikten vom 2. bis zum 19. September 1969 mindestens 140.000 Menschen im Ruhrgebiet und im Saarland, später auch in der Oberpfalz, in Kiel und Bremen und punktuell in einer ganzen Reihe weiterer Orte.⁴⁸ Die Streikwelle betraf vor allem die Stahlwerke, in denen rund die Hälfte der registrierten Streikenden beschäftigt war, aber auch die Metallverarbeitung, den Bergbau, die Textilindustrie und den öffentlichen Dienst. Den Ausgangspunkt der Streiks in der Hoesch AG zu sehen, ist sicher sinnvoll, da eine Reihe von Belegschaften von Großbetrieben im Anschluss an die Forderungen der Dortmunder Stahlwerker die Arbeit

46 IMSF, *Septemberstreiks*, S. 116*, 117*.

47 Ebd., S. 56–58.

48 Umfassend: Ebd., S. 39–53. Die neueste Darstellung eines der betrieblichen Streiks des September 1969 findet sich in: Süß, *Kumpel und Genossen*, S. 351–358. Sehr oberflächlich bleibt dagegen: Kittner, *Arbeitskämpfe*, S. 694f.

niederlegten, so seit dem 3. September in den Rhein Stahl-Werken in Duisburg, Mülheim und Gelsenkirchen, in den Neukircher Eisenwerken am 4. September oder bei Krupp und den Klöckner-Werken in Hagen am 8. beziehungsweise 9. September. Auch die Streiks auf einigen Werften Schleswig-Holsteins orientierten sich am Beispiel des Hoesch-Streiks, ebenso aber am Vergleich mit den höheren Löhnen, die die Werfteigener in Hamburg zahlten. Der bekannteste dieser Streiks fand bei den Howaldtwerken (HDW) in Kiel statt. Mit einer Dauer von (nur) zwölf Tagen, vom 9. bis zum 21. September, war es der längste Ausstand im Verlauf der Streikwelle.⁴⁹ Weitere kleinere Werften schlossen sich kurzfristig an. Der HDW-Streik, der wie andere mit dem Zugeständnis einer linearen Lohnerhöhung endete, war zugleich das einzige Beispiel einer festen Zusammenarbeit zwischen dem örtlichen AStA und dem von den Arbeitern gewählten Streikkomitee. Unmittelbar nach Ende des Streikes versuchte die Geschäftsleitung, zwei »Rädelsführer« zu entlassen, was aber durch einen weiteren kurzen Ausstand Ende September abgewehrt werden konnte.

Ebenfalls recht langwierig, vom 5. bis zum 13. September, entwickelte sich ein Streik bei den Stahlwerken von Klöckner in Bremen. Abweichend von dem bei Hoesch beobachteten Muster spielte hier der linksorientierte Betriebsrat eine entscheidende Rolle, während die Mehrheit der Vertrauensleute den Ausstand zu verhindern suchte.⁵⁰ Die Bremer IG Metall trat vor diesem Hintergrund massiv gegen den Streik auf, der sich unter anderem deshalb verschärfte, weil die örtliche Gewerkschaft der erschreckten Öffentlichkeit die von der Unternehmensleitung verbreitete Falschmeldung bestätigte, die Arbeiter würden die Zerstörung eines teuren Aggregats in Kauf nehmen, um das Unternehmen zu erpressen.⁵¹ Gleichwohl konnten auch die Klöckner-Stahlwerker am Ende einen Erfolg verbuchen: Im Rahmen der Haustarifverhandlungen wurde eine Rekord-Lohnerhöhung von 16 Prozent ausgehandelt.⁵² Der Klöckner-Streik war einer der wenigen, der nicht endete, als die IG Metall die Stahlunternehmer dazu bewegt hatte, in Bayern am 5. September und in Nordrhein-Westfalen am 11. September vorzeitige Tarifverhandlungen mit dem Ziel einer »Justierung der Löhne« aufzunehmen. Dort einigte man sich auf einen »zwischen tariflichen« Zuschlag von 11 Prozent, rückwirkend zum 1. September.

49 Ausführlich s. u.a.: Proletarische Front, *Rationalisierung*, S. 44–53.

50 Vgl. Eschenhagen, *Gewerkschaften*, S. 73–97.

51 AdsD/IGMA, G 669 a, Tarifbewegung 1969, DGB-Bundesvorstand, Abteilung Tarifpolitik, Briefwechsel. Die Bremer Opposition wurde von der Metallgewerkschaft mit 41 Ausschlussverfahren wegen »gewerkschaftsschädigenden Verhaltens« beantwortet, ein Vorgeschmack auf den späteren »Radikalerlass« der IGM, vgl. *ARPO*, Nr. 3, 1969, S. 1–7. Ein Zeitzeugenporträt findet sich in: Dinné u.a. (Hg.), *68 in Bremen*, S. 175–186, Interview: 187ff.

52 Auch der Betriebsrat sah dies als Erfolg: IMSF, *Septemberstreiks*, S. 47*.

Die Stahlwerker hatten vor dem Hintergrund der wilden Streiks damit weitaus mehr erreicht als zuvor in der Tarifrunde der Metallverarbeitung vereinbart.⁵³ Wenn man berücksichtigt, dass die nach den Streiks einzelbetrieblich verabredeten Lohnerhöhungen nochmals zwischen 30 und 70 Pfennig betragen und meist eine Bezahlung der Streikzeit durchgesetzt wurde, erreichten die Lohnerhöhungen punktuell eine Rekordmarke von über 20 Prozent.

Neben der Stahlindustrie und den Werften kam es im Rahmen der Septemberstreiks auch zu Arbeitsniederlegungen in drei Betrieben der nordrhein-westfälischen Textilindustrie und im öffentlichen Dienst, wo in mindestens 15 Städten zwischen dem 9. und dem 19. September Aktionen stattfanden.⁵⁴ In der Folge waren einige kommunale Arbeitgeber zu einer einmaligen Zahlung von 300 DM bereit, durch die die Zeit bis zu den Anfang 1970 anstehenden Tarifverhandlungen überbrückt werden sollte. Ein ähnliches Arrangement entwickelte sich in der chemischen Industrie, wo es lediglich in der Kölner ESSO-Raffinerie zu einem wilden Streik gekommen war. Am 2. Oktober erreichte die IG Chemie »kampfflos« eine allgemeine, vorzeitige Lohnerhöhung. Es folgten weitere »zwischen tarifliche« Lohnverbesserungen, ohne dass es zu Streiks kam: so in der Druckindustrie, der Nahrungsmittelindustrie, den Banken oder bei der Bundespost.⁵⁵ Bei nur 140.000 Streikenden wurden für nicht weniger als rund acht Millionen Arbeitnehmer vorzeitige Tarifverträge ausgehandelt. Damit hatten sich die Septemberstreiks wahrlich, um mit einem Bild von Dribbusch zu sprechen, als *sword on the wall* erwiesen: Sie trugen zu einer Trendwende in der Einkommensentwicklung bei. Bei einer gleich bleibend niedrigen Erwerbslosigkeit stiegen die Löhne 1969 im Schnitt um 8,5 Prozent und 1970 um 15,7 Prozent. 1970 kam es erstmals in der bundesdeutschen Geschichte zu einer Umverteilung zugunsten der Lohneinkommen.⁵⁶

Die Septemberstreiks jenseits der Stahlindustrie

Wenn ich mich hier den wilden Streiks außerhalb der Stahlindustrie zuwende, dann berührt das auch die Frage nach der Abgrenzung der Septemberstreiks überhaupt. Wie immer ist diese auf den zweiten Blick schwieriger als auf den ersten. In der Metallverarbeitung begannen die Streiks bereits am 29. August mit einer Arbeitsniederlegung bei Daimler-Benz in Sindelfingen und sie ende-

53 Vgl. *Metall*, Nr. 20, 1969, S. 1ff.

54 IMSF, *Septemberstreiks*, S. 44. Die Aufzählung des IMSF ist nicht komplett, u.a. werden Streiks, die in München stattgefunden haben, nicht erwähnt. Vgl. *SDS-Info*, Nr. 22, 1969, S. 36ff.

55 Zur Übersicht s.: IMSF, *Septemberstreiks*, S. 53.

56 Vgl. Dribbusch, »Sword on the Wall«, S. 31.